

Wirtschaftspolitik

Standpunkte

Inhalt

Das Kommissionspapier zur Industriepolitik:

Kein neuer Handlungsleitfaden 2

Airbnb in Wien:

Das Geschäft mit den Ferienwohnungen 6

Online-Shopping:

Wiener Handel mit eigener Plattform 12

Die soziale Dimension der EU:

Zwischen Grundfreiheiten und Europäischer Säule sozialer Rechte 15

Frauen*Volksbegehren:

Wirtschaftspolitik als feministische Gesellschaftspolitik 20

EDITORIAL

Wenngleich diese Ausgabe der „Wirtschaftspolitik–Standpunkte“ knapp nach Bekanntwerden des Regierungsprogramms der ÖVP-FPÖ-Regierung erscheint, beschäftigen wir uns hier nicht mit den geplanten Vorhaben, die insgesamt eine Umverteilung von arm zu reich darstellen und zulasten von ArbeitnehmerInnen und ärmeren Bevölkerungsgruppen gehen. Die Inhalte dieser Ausgabe sind natürlich bereits vor einiger Zeit geplant worden. Stellungnahmen der AK zum Regierungsprogramm finden Sie auf der AK-Homepage.

Uns beschäftigen auch diesmal wichtige Gegenwarts- und Zukunftsfragen, wie die **Entwicklung des Online-Handels in Wien**, wo eine regionale **E-Commerce-Plattform** den Wiener Einzelhandel dabei unterstützen soll, verstärkt am wachsenden Online-Markt teilhaben zu können und so auch den Kaufkraftabfluss an ausländische Konzerne einzudämmen. Ein weiterer, immer größerer Markt ist jener der elektronischen Wohnungs- oder Zimmervermietung in Wien. Die TU Wien hat die **Buchungsplattform Airbnb** genauer unter die Lupe genommen und stellte dabei fest, dass sich gerade eine neue Form der Immobilienverwertung in Wien etabliert. Hier entsteht zunehmend Regulierungsbedarf, da dem Wiener Wohnungsmarkt auf diese Weise immer mehr Wohnungen entzogen werden.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit Maßnahmen auf europäischer Ebene: Der erste analysiert eine **Mitteilung der Europäischen Kommission** über eine **Strategie für die Zukunft der Industrie** und kommt zu dem Schluss, dass diese eher einer Sammlung von angebotsorientierten EU-Projekten darstellt, die auf Deregulierung und stärkeren Wettbewerb abstellen und letztlich kaum im Sinne der Beschäftigten wirken. Der zweite Artikel zeigt die bedrohliche Entwicklung und stellt sehr anschaulich dar, wie sich die EU in den letzten Jahrzehnten immer mehr von einer Union der sozialen Marktwirtschaft hin zu einem **Binnenmarkt als Motor der zentrifugalen Kraft** entwickelt hat und zunehmend soziale Grundrechte seiner EinwohnerInnen bedroht.

Und schließlich erklären zwei engagierte Mitglieder der Organisation des **Frauen*Volksbegehrens**, welche Maßnahmen es im wirtschaftspolitischen Bereich dringend braucht, damit in Sachen Gleichstellung von Männern und Frauen endlich etwas weitergeht.

Eine interessante Lektüre und alles Gute für 2018 wünscht Ihnen
Vera Lacina

